

zwischen denjenigen Bestimmungen, die bereits eine endgültige Fassung bekommen haben, und denjenigen, welche erst durch die Kommissionsberatungen der nächsten Monate entschieden werden sollen, dazu gehört bekanntlich die Frage der Kriegsentfesselung und die Auslieferung deutscher Staatsbürger. Die deutsche Antwort würde nun der Bereitwilligkeit Ausdruck zu geben haben, die endgültig abgefassten Teile des Friedensvertrages zu unterzeichnen unter der Voraussetzung, daß Deutschland zu den Kommissionsberatungen über die noch unentschiedenen Punkte hinzugezogen wird.

Englische Drohungen.

Wie die Londoner Blätter berichten, hat England alle Maßnahmen getroffen, um sofort nach Verweigerung der Unterschrift die deutschen Ostküsten zu blockieren. — Reuter erfährt, daß das Riesenluftschiff „E. F. 34“, voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren, den Fjord von Nord verläßt, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte hat für den Fall, daß Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Sämtlicher Umlauf wird aufgehoben.

Der Erfurter Putsch.

Verhängung des Belagerungszustandes.
Erfurt, 19. Juni.

Nach der Warnung der Reichsregierung an die Arbeiter, sich nicht aufheben zu lassen, wurde jetzt das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt durch Truppen des Landjägerkorps unter General Märker auf Befehl der Reichsregierung besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt ihre „willkürliche Demokratisierung“ durchführten sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Dezerenten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die alten Beamten wieder einzusetzen. Es fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt. Man beschloß, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. General Märker will ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden und forderte die Versammlung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Im Laufe des Tages nahm die Menge eine feindselige Haltung gegen die Truppen der Regierungstruppen ein, die Schreckschüsse abgaben. Infolgedessen wurde der Belagerungszustand verhängt.

Das Gold der Entente in Oberschlesien.

Inszentierung der Streiks.
Breslau, 19. Juni.

Allmählich ist man den Urhebern der Treiberien in Oberschlesien auf die Spur gekommen, die dort dauernd Unruhen und Streiks stiften und die Loslösung von Deutschland propagieren. Es sind Engländer und Franzosen. So fand man einen Brief des Franzosen Barrés, in dem es heißt:

„Das Geld ging Ihnen zu. Für 1500 weitere Personen in Oppeln, Beuthen und Ratibor schicken wir es durch Ch., und man sagt uns, daß es seine Wirkung tut. Je weniger wir mit einer etwaigen Volksabstimmung warten, um so sicherer sind wir, daß die Deutschen unter unserer Aufsicht weniger Stimmen erhalten. Machen Sie den Deutschen klar, daß wir den Oberschlesier ihre Habe konfiszieren werden und die jungen Leute zu arbeiten zwingen, indem wir sie nach Frankreich schaffen. Wir können nicht dulden, daß ein so großes Land wie Deutschland uns Widerstand leistet. Griefen Sie S., der Justizrat Czajla schreiben wird. Ich schicke ihm die nötigen Fonds.“

Dann heißt es weiter an anderer Stelle: „Außerdem wird Charley, der mitkommt, das Nötige für die Streiks inszentieren. Unser Kollege Williams ist der Überzeugung, daß die Schleier sich an den Polen rächen wollen, aber sie werden es nicht können, weil wir die Unzufriedenen deportieren, ebenso wie wir es am Rhein machen, und jede Zeitung, die heute noch für Deutschland eintritt, wird von uns ausgeschlossen.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➤ **Angewandte Bildung von Ostrepubliken.** Amtlich wird mitgeteilt: „Angeblich hat Geheimrat Kleinow in Bromberg in der Sitzung des dortigen Volkstages angekündigt, daß zwei selbständige Ostrepubliken in Bildung begriffen wären. Er soll sich dabei als Beauftragter des Fünfzehnerausschusses der Abgeordneten des Ostens ausgegeben und behauptet haben, daß er nebst drei Beamten das Direktorium bei einer dieser Republiken bilden werde. Wenn diese Nachricht zutrifft, so liegt darin eine in keiner Weise zu entschuldigende Anmaßung des Herrn Kleinow vor. Die Volkstäte sind rein private Organisationen. Weder sie, noch Herr Kleinow, der weder dem Fünfzehnerausschuß noch überhaupt einer der Volksvertretungen angehört, haben die geringste Legitimation, namens des Fünfzehnerausschusses oder der von ihnen benannten Beamten zu sprechen. Über die im Osten zu ergreifenden Maßnahmen werden die Reichsregierung und die preussische Regierung im Einvernehmen mit den Abgeordneten des Ostens gemäß dem wiederholt bekanntgegebenen Grundgedanken entscheiden.“

➤ **Englische Anmaßung im Baltikum.** Der Kommandeur der deutschen Truppen im Baltikum General v. d. Goltz erhielt anläßlich eines Zusammenstoßes zwischen lettischen Truppen und baltischer Landeswehr ein Telegramm des englischen Generals Gagh, das in Form eines Befehls die sofortige Zurückziehung der baltischen Landeswehr fordert. General von der Goltz hat hierauf geantwortet, er habe von dem englischen General keine Befehle entgegenzunehmen, die zuständige deutsche Stelle werde auf diplomatischem Weg eine Antwort erteilen. Die Waffenstillstandskommission und das Auswärtige Amt haben daraufhin in Übereinstimmung eine Antwort ausgearbeitet.

➤ **Bildung von Landkrankenkassen.** Der Gesekentwurf über Landkrankenkassen, Kassenangestellte und Erbschaften ist der Nationalversammlung zugegangen. Den Mitgliedern der Landkrankenkassen soll, wie den Mitgliedern anderer Kassenarten, bei den Wahlen der Kassenorgane das gleiche Wahlrecht eingeräumt werden. Den Kassenangestellten, die vor Erlaß der angefochtenen Verordnung vom 5. Februar 1919 die Rechte der gemeindlichen Beamten besaßen, wird der Entwurf diese Rechte wahren. Er legt weiter den Arbeitgeber und Kassenmitgliedern die Verpflichtung auf, ihr Beitragsdrittel unmittelbar an die Erbschaften abzuführen.

➤ **Erleichterte Anstellung von Referendaren.** Bisher bestimmte die Prüfungsordnung, daß das Gesuch um Ernennung zu Referendaren abzulehnen sei, wenn der Kandidat nicht nachweise, daß ein standesgemäßer Unterhalt für fünf Jahre gesichert sei. Diese Vorschrift ist jetzt durch eine Verfügung des preussischen Justizministers aufgehoben worden.

➤ **Polnische Drohungen.** Der polnische Oberste Rat in Posen hat an die deutsche Regierung eine Note gesandt, in der es heißt, daß als Antwort auf die Einstellung von sechs polnischen Zeitungen in Oberschlesien und Westpreußen und die Verhaftung und Verfolgung polnischer Journalisten und Mitarbeiter dieser Blätter mit gleichen Schritten gegen deutsche Zeitungen und deutsche Journalisten in Posen vorgegangen werde, falls die deutsche Regierung ihren Standpunkt nicht in kürzester Zeit ändern sollte.

➤ **Kapitalabwanderung unter dem Schutz der Entente.** Aus dem linksrheinischen Gebiet und den anschließenden Gegenden rechts vom Rhein wird in der letzten Zeit eine sich immer verstärkende Kapitalabwanderung nach Frankreich gemeldet. Man zählt 230 bis 250 Mark für 100 Frank, um französisches Geld in die Hände zu bekommen. Die linksrheinischen Behörden sind bei dem Versuch, einzuschreiten, auf den Widerstand der Verfassungsbehörden gestoßen, die diese Vorgänge mit allen Mitteln unterstützen.

Ungarn.

➤ **Ein neues Ultimatum der Entente.** Wie bestimmt verlautet, hat der Rat der Vier in Paris am 14. Juni ein Ultimatum an Bela Kun gerichtet, das diesem am 15. Juni zugeht und ihm eine vierstägige Frist setzt, innerhalb welcher die Feindseligkeiten einzustellen und die besetzten Gebiete zu räumen sind. Falls Bela Kun das Ultimatum unbeantwortet läßt oder es ablehnt, wird eine große militärische Aktion gegen Ungarn unternommen werden, an der sämtliche Ententestaaten teilnehmen werden.

Großbritannien.

➤ **Bildung eines radikalen Ministertums?** Es verlautet, daß Lloyd George die Absicht habe, unmittelbar nach Unterzeichnung des Friedens die Regierung in England umzubilden und an die Spitze eines Kabinetts aus radikalen und sozialistischen Ministern zu treten. Weiter wird behauptet, daß sich auch in Italien die gleiche Entwicklung vollziehen werde.

Frankreich.

➤ **Sturmjahren in der Kammer.** Bei der Beratung in der Kammer über die Politik in Rußland kam es zu heftigen Szenen. Minister Bichon erklärte, der Friede sei noch nicht gezeichnet, und die Anwesenheit Deutscher an der Spitze der russischen roten Heere sei eine Verletzung des Waffenstillstandes; immer wieder mache man Deutschland diesbezüglich Vorhaltungen. Mehrere andere Redner griffen die Politik der französischen Regierung in Rußland an. Mäßig erhub der Royalist de la Hane die Anschuldigung gegen die sozialdemokratische Partei, sie habe von Deutschland 80 Millionen Frank erhalten, um die gegenwärtigen großen Streiks zu organisieren. Es sei unbegreiflich, daß die französische Regierung, welche Beweise für diese Geldlieferung Deutschlands habe, die Führer der sozialistischen Partei in Freiheit lasse. Schließlich erlangte die Regierung doch noch ein Vertrauensvotum.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In der preussischen Landesversammlung wurde ein Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier abgelehnt, ein Antrag auf staatliche Regelung der Bekleidungsfrage angenommen.

Weimar. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beendete die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs und schloß damit seine Arbeiten ab.

Erfurt. Infolge der Eisenbahnerbewegung im Direktionsbezirk Erfurt sind Landesjäger unter Führung des Generals Märker nach Erfurt entsandt worden.

Hannover. Die sämtlichen Senatoren der Stadt Hannover haben ihre Ämter niedergelegt. Sie haben sich erhoben, bis zur Wahl der neuen Senatoren in ihren Stellungen beim Magistrat zu bleiben.

Budapest. Das Ungarische Tel.-Korr.-Bureau meldet aus Eperjes, daß dort die slowakischeäterepublik ausgerufen worden ist.

Safarek. Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter sind in den Ausstand getreten. Eine Ministerkrisis hat eingelebt.

Die Einwanderung in Amerika.

Fernhaltung unerwünschten Zugaus.

In Amerika beschäftigt man sich gegenwärtig mit einem großzügigen Plan für die Umgestaltung des gesamten Einwanderungswesens. Die Einwanderung von Arbeitern soll noch zwei Jahre verboten bleiben und hierauf, je nach dem Urteil einer zu schaffenden Einwanderungskommission, gegebenenfalls noch für ein oder zwei weitere Jahre. Damit will man einer Überschwemmung mit unerwünschten europäischen Elementen vorbeugen, die sonst mit Freiverkehr der Transportmöglichkeiten zu gewärtigen wäre, und die die Löhne drücken, die Arbeitslosigkeit vermehren und zu großen Unruhen und Umständen politischer und wirtschaftlicher Natur führen müßte. Nachher sollen folgende Grundfälle, die für alle Völker gelten würden, aufgestellt werden: Die Volkszählung von 1920 soll eine Grundzahl ergeben, die bestehen würde aus der Zahl der naturalisierten Einwanderer eines bestimmten Volkes und den in Amerika geborenen Kindern der Einwanderer dieses Volkes. Jedes Jahr soll nun die Erlaubnisgrenze für die Einwanderung einen Prozentsatz dieser Grundzahl darstellen (von 3 bis 10 oder von 5 bis 15%). Die Einwanderungskommission soll das Recht haben, innerhalb dieser Grenzen den anwendbaren Prozentsatz von Fall zu Fall festzusetzen. Infolge dieser Lösung der Einwanderungsfrage würde, wie man glaubt, die nicht sehr erwünschte japanische Einwanderung sofort auf etwa die Hälfte der gegenwärtigen jährlichen Zahl herabgesetzt. Sie würde dann langsam wachsen, aber 1935 immer noch 40% unter der Einwanderung von 1917 stehen. Die chinesische Einwanderung würde bleiben, wie sie jetzt ist (etwa 1900 Personen jährlich). Die italienische Einwanderung würde um etwa 65% der Einwanderung vor dem Kriege herabgesetzt. Aus Mitteleuropa würde ein sogar noch geringerer Prozentsatz in Frage kommen. Dagegen würde aus Nordwesteuropa (Deutschland, Skandinavien usw.) ein weit größeres Kontingent zugelassen, als die Einwanderung vor dem Kriege betrug.

Das Werben um Auswanderer.

Argentinische Lockrufe.

In Amerika rechnet man allenthalben stark damit, daß bald nach dem Friedensschluß in Europa, und zwar nicht nur in den zu Boden gesunkenen mitteleuropäischen Ländern, sondern auch in den Ländern der Sieger eine starke Auswanderungsbewegung einsetzen und daß diese Bewegung sich vornehmlich nach jungfräulichen, der Kultur noch nicht erschlossenen Gebieten Südamerikas richten wird. Der Hauptstrom der Auswanderer soll in Brasilien und Argentinien münden, und es ist zwischen diesen beiden Staaten schon heute ein reger Wettbewerb, der die Anlockung und Gewinnung ungebrauchter europäischer Arbeitskraft zum Gegenstand hat, erbrannt. Besonders eifrig erweist sich dabei die Argentinische Republik, die reklamehaft aller Welt verkündet, was sie den Europäern zu bieten vermag und sich, zumal arbeitsfreudigen und unternehmungslustigen Deutschen, als ein modernes Land Kanaan, in dem Milch und Honig fließt, anpreist.

Europäische Kolonisten sind schon vor 400 Jahren nach Argentinien gekommen; trotzdem mußten die ungeheuren Hilfsquellen dieses Landes durch all die Jahrhunderte so gut wie brach liegen. Argentinien erzeugte nur, was es zur Selbstversorgung nötig hatte. Im übrigen wurde alles der gütigen Natur überlassen; Vieh und Pferde trieben sich herrenlos in ungeheuren Herden herum, die Getreidefelder wurden fast gar nicht bearbeitet. Brotfrucht wuchs als Geschenk eines verschwundenen Himmels, und so blieb es im großen und ganzen bis zur Revolution im Jahre 1810, wo die jede Entwicklung hemmende spanische Verwaltung verjagt wurde und zielbewußt handelnde Männer die großen Möglichkeiten des Landes zu erschließen begannen.

Zunächst wurde die Einwanderung mit allen Kräften gefördert. Die Erfindung der künstlichen Eisenerzeugung und die Gefrierfleischindustrie wurden die Hauptfaktoren des Aufstiehs. Zuchttiere aus Europa wurden, da man die Qualität der heimischen Rassen verbessern wollte, zu fabelhaften Preisen eingeführt. Die Bahnen wurden von den Engländern erbaut. Das argentinische Bahnetz hatte 1911 bereits eine Gesamtlänge von 31000 Kilometer, während z. B. im ehemaligen Österreich das Bahnetz zu jener Zeit kaum 28000 Kilometer betrug. Während aber in den ehemals österreichischen Ländern auf den Kilometer Bahnstrecke 1256 Einwohner entfallen, ist dieser Bahnzilometer in Argentinien nur mit 226 Menschen besetzt.

Die Einwohnerschaft ist in nationaler Hinsicht denkbar gemischt, das italienische Element überwiegt aber bei weitem; doch verleiht die Nachkommen der ersten spanischen Einwanderer dem Lande den spanischen Charakter. Die Kinder fremder Einwanderer, die in Argentinien zur Welt kommen, gelten nach dem Gesetz als argentinische Staatsbürger. Die großen Unternehmungen und Kapitalanlagen sind fast ausschließlich von Fremden geschaffen. Mit Ausnahme einiger politischer Rechte sind dem Einwanderer dieselben Freiheiten, Zivilrechte und Zusicherungen wie dem Einheimischen gegeben. Eingewanderte und naturalisierte Fremde konnten mehr als einmal hohe Staatsämter übernehmen.

Die argentinische Pampa, die „fruchtbare Wüste“, gilt nicht mit Unrecht als die heute schon reichste, wenn auch nicht annähernd bis zur vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzte Korn- und Fleischammer der Welt. (Nimmer nach den argentinischen Angaben.) Schneefälle sind in dieser baum- und strauchlosen, eintönig gedehnten Ebene unbekannt, der Landmann hat fünf Monate Zeit zum Pflügen und Säen. Der einzige Feind der Landwirtschaft ist die verhältnismäßig nur kleine Strecken heimische Wanderheuschrecke. Da alles in den Wintermonaten grün bleibt, hält sich das Vieh auch während der Wintermonate ohne Stallung und Aufsicht im Freien auf. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen heiläufig 20 Rinder. Schafzucht wird von Neuseeländern rationell betrieben, großzügige Schweinezucht wartet noch auf Entwicklung und böte deutschen Einwanderern günstige Möglichkeiten.

Als Einwanderer gelten Tagelöhner, Gewerbetreibende, Industrielle, Landwirte, Lehrkräfte, Künstler usw. unter 60 Jahren. Sie haben das Recht auf Beschäftigung in dem selbstgewählten Arbeitsweig, werden mit ihrem Gepäck kostenlos an den selbstgewählten Aufenthaltsort befördert und haben dort während der ersten zehn Tage Anspruch auf unentgeltliche Verpflegung für sich und alle Familienangehörigen. Das staatliche Einwanderungsamt steht den Kolonisten in jeder Weise zur Verfügung, umständliche Gewerbebesuche gibt es in Argentinien nicht, die Beschäftigung in einem bestimmten Beruf ist keineswegs an einen behördlichen Befähigungsnachweis gebunden. Eingewanderte werden die europäischen Diplome von Ärzten, Anwälten, Architekten, Ingenieuren, Tierärzten usw. nicht anerkannt; die Betreffenden müssen vielmehr die an den drei argentinischen Universitäten vorgeschriebenen Prüfungen in spanischer Sprache ablegen. An Industriellen hätte die Lederindustrie eine große Zukunft; da die Güte bis jetzt zumeist in rohem Zustand ausgeführt wurden.

Was Argentinien den Einwanderern bietet, wäre ans dem hier Gesagten so ungefähr zu entnehmen. Was aber der Einwanderer und Kolonist bieten müßte, wäre unermüdlicher Fleiß, zähe Ausdauer und gehobener Menschenverstand. Sollte aber mit diesen Eigenschaften nicht auch in der Heimat noch etwas anzufangen sein? S.

Russisch-deutsche Beziehungen.

Der Wiederaufbau der beiderseitigen Wirtschaft.

So ungerne auch alle Verhältnisse in Rußland noch sind, so läßt sich doch erkennen, daß unsere Feinde, die Alliierten, weder bei den Volkswirten, noch bei dem übrigen Rußland durchaus keine Fortschritte gemacht haben. Sowohl die russische wie auch die englische Presse rechnet schon jetzt mit der Wahrscheinlichkeit, daß nach dem Friedensschluß wieder der Deutsche in Rußland zu maßgebendem Einfluß gelangen wird. Während des Krieges hat man natürlich den deutschen Kaufmann, den deutschen Unternehmer, den deutschen Ingenieur in Rußland verfolgt und gehaßt, man redete von deutscher „Bergewaltigung“ und bekämpfte das „deutsche Joch“. Besonders wurde den Deutschen vorgeworfen, daß sie in ihren Betrieben den eigentlichen Russen keinen Raum zur Betätigung ließen. Seitdem ist man aber gerechter geworden und erinnert sich der vielen Vorzüge, die den deutschen Kaufmann und Industriellen in Rußland vor Angehörigen anderer Nationen auszeichneten.

Die Stimmung ist bereits erheblich umgeschlagen, und der Erfolg zeigt sich schon praktisch. In Berlin ist z. B. ein deutsch-russisches Finanzsyndikat gegründet worden, das in den Räumen der ehemaligen Unionbank